

## Öffentliche Fraktionssitzung zu Hilfen zur Erziehung in Lichtenberg – Damit der kinder- & familienfreundliche Bezirk keine leere Phrase ist!

Lichtenberg (fvo) – Am 26.10.05 veranstaltete die SPD-Fraktion Lichtenberg im Kinderhaus Berlin – Mark Brandenburg eine öffentliche Fraktionssitzung zum Thema „Hilfen zur Erziehung“.

Fachlich wurde diese von den Podiumsgästen Dr. Hans-Ullrich Krause (Leiter des Kinderhauses Berlin – Mark Brandenburg e.V.), Michael Räßler-Wolff (Stadtrat für Jugend, Bildung und Sport in Lichtenberg), Dr. Ulrike Urban (Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.) und Prof. Dr. Reinhart Wolff (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit in Berlin) unterstützt. Warum war es der SPD wichtig, dieses Thema öffentlich mit Fachleuten zu diskutieren? Seit dem Jahr 2004 ist festzustellen, dass Jugendliche und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf diese Unterstützung durch das Jugendamt im Wege der „Hilfen zur Erziehung“ (HzE) häufig nicht, zu

spät oder unzureichend erhalten. Die Ausgabenentwicklung im Haushalt 2004/2005 entspricht dem: Sie wurde gegenüber dem Vorjahr um ca. 9 Mio. Euro reduziert. Das sind etwa ¼ der Ausgaben! Dieser Trend scheint sich für die Jahre 2006/2007 fortzusetzen. Der Senat hat dem Bezirk Lichtenberg ca. 2,6 Mio. € weniger zugewiesen als 2004. Im Haushaltsplanentwurf wurden jedoch die Mittel um insgesamt ca. 5 Mio. € abgesenkt. Das sind fast 20% gegenüber dem Jahr 2004! Offensichtlich ist also, dass der Bezirk fast doppelt so viel spart wie vom Senat vorgegeben. Die Aufregung bei den freien Trägern über diesen Zustand ist verständlicher Weise groß und Grund genug für die SPD-Fraktion, Alternativen beim Umgang mit den HzE darzustellen. **Dass das Thema viele Menschen im Bezirk betrifft und auf den Nägeln brennt, zeigte die hohe Teilnehmerzahl von ca. 60 Interessierten**, die sich lebhaft an der Diskussion beteiligten. Kerstin Beurich (Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg) moderierte die Veranstaltung und erläuterte zu Beginn, dass sich die

SPD-Fraktion aufgrund des unangemessenen Umganges (Übererfüllung der Einsparvorgabe des Senates, s. oben) mit den HzE bei der Beschlussfassung über den Bezirkshaushaltsplan 2006/2007 der Stimme enthalten hat. Sie stellte zudem die Rechtsgrundlage der Hilfen zur Erziehung (§ 27 bis § 41 des Kinder und Jugendhilfegesetzes – KJHG) vor. Des weiteren wies sie darauf hin, dass (im Gegensatz zu Sozialleistungen, die sich am Einkommen orientieren) hier der **Rechtsanspruch pädagogisch begründet** ist. Gastgeber Dr. Krause gab darauf hin einen Überblick über

gäbe viele Möglichkeiten, den Bedarf zu regulieren. Das Hauptproblem sei aber, dass einfach zu wenig Geld vorhanden ist. Prof. Wolff verwies auf die Finanzierungsproblematik aller Sozialsysteme der Republik und vertrat zudem die Auffassung, dass die Strukturen in Deutschland zu autoritär seien. Die Hilfeplanung sei lediglich ein Akt der administrativen Selbstlegitimation. Die Fachkräfte des Jugendamtes müssten viel mehr in der Lage sein, mit den Hilfebedürftigen zusammen zu arbeiten. **Alle Beteiligten sollten lernen, „anders zu helfen“** und neue Wege zu gehen

(z.B. durch Gründung von Familiennetzwerken). Diese Forderung wurde auch aus der Zuhörerschaft unterstützt: **Es müsse eine „Kultur des Miteinander“ geschaffen werden**. Forderungen nach mehr Nachbarschaftshilfe wies Dr. Urban hingegen zurück, da ehrenamtliche Helfer mit den in der Regel



Von links nach rechts:

Dr. Hans-Ullrich Krause, Kerstin Beurich, Prof. Dr. Reinhart Wolff, Michael Räßler-Wolff, Dr. Ulrike Urban

die Praxis der HzE von den ambulanten bis zu den stationären Hilfen und kritisierte die mangelnde fachliche Orientierung in der Stadt. Stadtrat Räßler-Wolff war der Meinung, dass in Lichtenberg niemandem die notwendige Hilfe verwehrt würde und verwies im Übrigen auf die berlinweiten Kürzungen von 30 % seit 2002. Er gab jedoch zu, **dass die vom Senat zugewiesenen Gelder teilweise in Präventionsprojekte wie Schulstationen umgelenkt wurden**. Kerstin Beurich hielt dem entgegen, dass gemäß repräsentativer Forschungsergebnisse kein kausaler Zusammenhang zwischen Prävention und Intervention besteht. **Der Bedarf einer Hilfe zur Erziehung könne nicht durch Prävention ausgeglichen werden**. Stadtrat Räßler-Wolff musste sich zudem kritische Nachfragen zur Zusage der PDS Lichtenberg im Mai dieses Jahres gefallen lassen, bei den Fallzahlen von 2004 bleiben zu wollen. Auch der **fehlende konzeptionelle Ansatz des Jugendamtes wurde häufig kritisiert**. Dr. Urban erinnerte diesbezüglich an die Definitionshoheit des Jugendamtes bei der Gewährung der HzE: Es

schweren Fällen überfordert seien. Als Fazit hielt Kerstin Beurich fest, dass alle Diskussionsteilnehmer sich für mehr Miteinander beim Thema Hilfen zur Erziehung ausgesprochen hätten. Abschließend formulierte sie **vier Ziele der SPD-Fraktion für den weiteren Umgang mit dem Thema Hilfen zur Erziehung**: **1.** Einsparungen sind wichtig und in der aktuellen Haushaltslage notwendig. Wir wollen aber keinen voreiligen Gehorsam gegenüber dem Senat (mehr Kürzung als die Senatsvorgabe), weil der kinder- & familienfreundliche Bezirk für uns keine leere Phrase ist. **2.** Konzeptionelle Schwerpunkte müssen gesetzt werden (z.B. bei der Übergangphase von der Schule zum Beruf). **3.** Wir wollen uns an den Fallzahlen von 2004 orientieren und die Bedarfe müssen wieder gemeinsam von allen Beteiligten (Jugendamt, Betroffener, Erziehungsberechtigter, Helfer/Träger) definiert werden. **4.** Wir wollen das regelmäßige fachpolitische Gespräch zwischen politisch Handelnden und den Experten der Jugendhilfe führen.“ Dazu ist diese Veranstaltung ein guter Anfang gewesen.

# Zurück in den Beruf! – Eine Information für BerufsrückkehrerInnen

von Blashka Brechel, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

**Nach § 8b SGB III sollen BerufsrückkehrerInnen, die zu ihrer Rückkehr in die Erwerbstätigkeit notwendigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erhalten.**

Hierzu gehören insbesondere Beratung und Vermittlung. Jeder, der sich diesbezüglich diskriminiert fühlt, sollte sich an die **Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt** der zuständigen Agentur für Arbeit wenden. **Sie unterstützen und beraten Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Fragen der Frauenförderung, der Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt** sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei beiden Geschlechtern (§ 385 Abs.2 Satz 1 SGB III). Es ist wichtig sich die Frage zu stellen, wo man beruflich und persönlich steht. Dazu gehören die Abstimmung mit der Familie, die ausreichende Sicherung der Kinderbetreuung, die Arbeitszeit, die Mobilität und die beruflichen Kenntnisse und Kompetenzen: Kann ich Vollzeit arbeiten oder ist erst einmal Teilzeitarbeit zweckmäßiger? Kann ich bei entfernten Arbeitsplätzen meinen persönlichen Zeitrahmen einhalten? Habe ich einen Füh-

erschein und ein Auto oder bin ich verkehrsmäßig gut angebunden? Welche Fachkenntnisse bringe ich mit? Welche neuen Kompetenzen habe ich während meiner Familienphase erworben (Planen, Organisieren, Kommunizieren, EDV im VHS-Kurs, Ehrenamt)? Reichen meine Kenntnisse aus oder muss ich mich qualifizieren? Welche Weiterbildungsangebote gibt es in Berlin, wie komme ich da ran und wie bezahle ich meine Weiterbildung? **Weitere Schritte sind sich genau über die Arbeitsmarktsituation zu informieren.** Dazu gehört das Studium von Stellenangeboten in Tageszeitungen und im Internet. Hier muss man sich die Frage stellen: Wie erreiche ich das Unternehmen, das mich braucht? Eine Branchenübersicht findet man in den „Gelben Seiten“ und natürlich auch im Internet. **Auch die Bewerbungsunterlagen müssen aktuell und formgerecht gestaltet sein.** Sehr oft ist der berufliche Einstieg über eine Zeitarbeitsfirma erfolgreicher. In Dienstleistungsberufen kommt auch eine Existenzgründung in Frage. Auf ein Bewerbungsgespräch sollte man sich sorgfältig vorbereiten. Auch Erkundigungen über das Firmenprofil sind von Bedeutung. Wichtig ist zu erfahren, ob ein Anspruch auf

Arbeitslosengeld I besteht, ob man die Beratungs- und Vermittlungsangebote und andere Dienstleistungen der Agentur für Arbeit in Anspruch nehmen kann. Wenn man in einer Bedarfsgemeinschaft lebt und Grundsicherung nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) erhält, ist der Ansprechpartner das zuständige Job-Center. Die nächsten Schritte sind die **frühzeitige Meldung bei der Agentur für Arbeit (mindestens 3 Monate vor dem geplanten Ende der Familienphase)**. Man sollte einen Beratungstermin in der Arbeitsvermittlung vereinbaren. Die Terminvergabe erfolgt über das Servicecenter unter **030/5555202000** (für Ratsuchende über 25 Jahren), unter **030/5555203000** (für Ratsuchende unter 25 Jahren) oder bei persönlicher Vorsprache in der Arbeitsagentur. Zum Beratungsgespräch sollte man vorbereitet erscheinen: Was kann ich, was will ich, wo brauche ich Unterstützung? Wünschenswert ist, Netzwerke und Beratungsstellen für Frauen und BerufsrückkehrerInnen aufzusuchen. Alle Aktivitäten sind darauf auszurichten, trotz schwieriger Arbeitsmarktlage einen Arbeitsplatz zu finden und dennoch die Doppelaufgaben Familie und Beruf zu bewältigen!

## Lichtenberger besuchen das Bundeskanzleramt So lange der Gerhard noch da ist...

von Marianne Nedwed, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg, Kerstin Beurich, und die Vorsitzende der AG 60 Plus der SPD Lichtenberg, Gabi Kind, standen an der Spitze einer **Delegation von 28 Bürgern aus dem Bezirk Lichtenberg**, die am 20.09.05 – kurz nach der denkwürdigen Bundestagswahl vom 18.09.05 – das Bundeskanzleramt besuchten. Während einer Führung durch die Machtzentrale der Bundesrepublik Deutschland konnten wir Fragen zum internen Behördenablauf sowie zum Archi-

tektur- und Gebäudekonzept des Schultes-Baus stellen. Auch wenn Gerhard Schröder uns nicht persönlich begrüßen konnte, war ein häufig zu vernehmender Satz: „Solange der Gerhard noch da ist...“.



Die Teilnehmer des von Marianne Nedwed organisierten Besuchs beim obligatorischen Gruppenfoto.

## Virtueller Kummerkasten eingerichtet

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Mit einer kleinen Idee ist es uns gelungen, den direkten Draht der Bürger zum Bezirksamt zu verbessern. Wir hatten einen Antrag in die BVV eingebracht, auf den Internetseiten des Bezirks einen virtuellen Kummerkasten einzurichten.

Das Bezirksamt meldete in der BVV am 19.10.05 Vollzug und teilte den Verordneten mit: „Das Bezirksamt hat beschlossen, das bislang als Pilotversuch auf den Seiten des Stadtteilmanagements angebotenen Kontaktformular entsprechend zu nutzen. Dabei wird der Link zu diesem Kontaktformular im Zuge der Neugestaltung des Internetauftrittes des Bezirks auf der Startseite [www.berlin.de/ba-lichtenberg/index.html](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/index.html) platziert. Es dient als allgemeine Adresse für Kritik, Beschwerden, Hinweise, Anregungen etc. Die Abarbeitung erfolgt weiterhin durch das Stadtteilmanagement.“

Mit dem entsprechenden Button auf der Startseite können die Bürger nun auf modernstem und kürzestem Wege Kritik, Anregungen, Beschwerden und Meinungen zur Arbeit des Bezirksamtes und der BVV loswerden.